



SPICHER WALD SOLL FÜR ENTSCHEIDUNGEN VON CDU UND GRÜNEN MEHRFACH BLUTEN

>>> 2008 kaufte eine städtische Gesellschaft den früheren Schießstand von Dynamit Nobel am Rande des Spicher Waldes. Dort wurde jahrzehntelang durch die verschossene Bleimunition der Boden verseucht und das Grundwasser gefährdet. Jetzt muss mit Millio-nenaufwand saniert werden. „Bezahlen“ sollen das der Spicher Wald und die erholungsuchende Spicher Bevölkerung. Denn nach der Rodung sollen rund 9600 qm des bisherigen Waldes nicht wieder aufgeforstet, sondern als Gewerbegebiet verkauft werden. Dagegen wandten sich an die

5000 Menschen mit Unterschriftenlisten an Stadtspitze und Ratsmehrheit.

Bei der CDU wie zu erwarten ohne Erfolg - bei den Grünen, entgegen der Erwartung, ebenfalls. Dagegen unterstützten SPD und Linke den Bürgerprotest und forderten die Wiederaufforstung. Mit knapper Mehrheit wurde das per neuem Bebauungsplan abgelehnt.

Bedroht wird der Wald aber auch an anderer Stelle. Der Bürgermeister will unbedingt im Spicher Wald einen Kletterpark bauen lassen. Ausdrücklich wurde versichert, dass dafür keine neu-

en Parkplätze angelegt würden. Genau deswegen gab es auch erst keine Bedenken. Jetzt musste der Bürgermeister kleinlaut zugeben, dass sein Kletterpark nur kommt, wenn im Wald doch ein neuer Parkplatz gebaut würde. Statt nun aber das Projekt aufzugeben, ziehen CDU und Grüne es mit faden-scheinigen Ausreden eiskalt durch.

Die Moral von der Geschichte: Ohne die SPD gibt es keinen wirksamen und dauerhaften Schutz des Spicher Waldes.

FREIBAD MUSS FREI“BAD“ BLEIBEN

SPD wird die Bürgerinnen und Bürger nach ihrer Meinung befragen

>>> Keine Zustimmung finden die Pläne der Geschäftsführung der Bäder GmbH zur Neugestaltung des Aggerfreibades bei den Sozialdemokraten in Troisdorf. Aus ihrer Sicht sollte ein Freibad in erster Linie ein Bad sein, also in Wasserbecken Gelegenheit geben, zu schwimmen oder sich bei heißem Wetter einfach nur zu erfrischen. Mit den jetzt vorgestellten Planungen ist das zumindest stark eingeschränkt. Denn überschlägig soll die Wasserfläche auf etwa ein Drittel des bisherigen Angebotes reduziert werden.

Sinnvoll sind die Überlegungen für klei-

nere Kinder zusätzliche Angebote zu schaffen. Ob ein Beachvolleyballfeld wirklich sein muss, kann jedoch hinterfragt werden. Gänzlich entfallen soll zukünftig auch ein Becken mit entsprechendem Sprungturm. Dass damit auch Trainings- und Prüfungsmöglichkeiten beispielsweise für Feuerwehr, DLRG oder Technisches Hilfswerk entfallen, ist ein schwerwiegender Nebeneffekt.

Auf Druck der SPD hat die Bäder GmbH zumindest eine Befragung zur Sache durchgeführt. Befragt wurden aber in erster Linie Besucherinnen und Besu-

cher des Hallenbades zu einer Zeit, als das Freibad längst geschlossen war. Ob das Ergebnis dieser Befragung die Meinung der tausenden Freibadbesucher widerspiegelt, darf angezweifelt werden.

Vor diesem Hintergrund wird die SPD in einer breit angelegten Aktion die Menschen in Troisdorf nach ihrer Meinung zum Freibad befragen. Von Anzeigen über Infostände bis hin zu Informationen in den sozialen Medien werden die Bürgerinnen und Bürger Gelegenheit haben, ihren Willen zu bekunden.

FRANK GOOSSENS NEUER SPD-VORSITZENDER

>>> Mit überwältigender Mehrheit wurde Frank Goossens von der SPD Troisdorf zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. In seiner ersten programmatischen Rede im neuen Amt bezeichnete er als das wichtigste Ziel der politischen Arbeit, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt von der Rathaus-Spitze wieder ernst genommen werden. „Wir werden eine neue Kultur der Bürgernähe und Bürgerbeteiligung schaffen.“ Entgegen allgemein sinkender Zustimmung spürte nach seiner Meinung die SPD in Trois-

dorf eine breite Zustimmung zu ihrem Konzept „Zeit für Bürger“. Ihre Anliegen prägten die Arbeit der SPD, nicht abstrakte Gremiendiskussionen. Mehr als 2000 Menschen hätten sich in Dutzenden von Viertelbegehungen und Bürger-versammlungen mit Hunderten von Anregungen eingebracht.

Vor Ort, hier in Troisdorf, lade die SPD die Menschen ein, sich an konkreten Projekten zu beteiligen, die ihre Lebens-situation tatsächlich verbessern. Die

Schaffung von angemessenem und bezahlbarem Wohnraum bezeichnete Frank Goossens in diesem Zusammen-hang als die zentrale kommunalpoliti-sche Aufgabe der nächsten zehn Jahre. Hier tue die Ratsmehrheit viel zu wenig. Alle von der SPD eingebrachten Ideen habe sie abgelehnt und stets nur darauf vertraut, „dass der Markt es schon richten werde“. Realität sei aber, dass die Zahl der Wohnungssuchenden und deren Not immer größer werde.

SPD: NEUES GLEIS BEI WAHN STATT GELD FÜR DIE ALTSTRECKE

>>> Irritiert ist die SPD über die Ankündigung von NRW-Verkehrsminister Wüst (CDU) und RSVG-Chef Kitz (CDU), wonach die RSVG mit der Komplettsanie-rung ihrer Schienenstrecke von Troisdorf nach Lüssdorf beginnt. Während die CDU im Stadtrat die RSVG bittet, „auf alle weiteren Investitionen entlang der Bahnlinie zu verzichten“, schafft die CDU in Kreis und Land entgegengesetzte Fak-ten. Landrat Schuster (CDU) jedenfalls bewertet die Sanierung als sehr sinnvoll.

Troisdorfs SPD-Fraktionschef Harald Schliekert befürchtet, dass die Finanzie-rung „der Anbindung des Werks Lüssdorf ans DB-Netz bei Wahn in weite Ferne rückt, wenn nun viel Geld in die Be-standsstrecke investiert wird“. Mit der Forderung der Troisdorfer CDU nach Luftschlössern, wie einem Radschnell-weg auf dem alten Gleis, versuche sie über diese bedrohlichen Fakten hinweg-zutäuschen.

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und
schärfte Profil Seite 2

Schwarz-Grün im Kreis steht
beim **Wohnungsbau** auf der
Bremse Seite 3

SPD für wirksamen Schutz
des **Spicher Waldes** Seite 4

Zukunft des Troisdorfer
Freibades Seite 4



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Juso-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.